

Arbeiterzeitung

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Bezugsbehörden und in allen Buchhandlungen

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale
Verbreitungsgebiet Ostschlesien / Beilagen: Der rote Stern / Arbeiter-
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jugend

Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft, Dresden, Brüderstraße 10
Sprechstunden: Montag 16-18 Uhr, Dienstag 17-18 Uhr, Mittwoch 17-18 Uhr, Donnerstag 17-18 Uhr, Freitag 17-18 Uhr, Samstag 17-18 Uhr, Sonntag 17-18 Uhr

6. Jahrgang

Dresden, Sonnabend den 25. Oktober 1930

Nummer 250

Ins Zuchthaus die Schuldigen!

Kommunistische Fraktion verlangt sofortige Reichstagsinberufung

Dividende bis 1942 gesichert!

„Auf die Dividenden der Gesellschaft dürfte das Unglück ohne Einfluß bleiben, da auf Grund des Interessengemeinschaftsvertrages mit der Arbed bis zum Jahre 1942 die 14prozentige Dividende garantiert ist.“

„Deutsche Bergwerkszeitung“ vom 22. Oktober.



Löbe lehnt Reichstagsinberufung ab

Ein Hohn auf seine radikale Rede im Dresdner Zirkus

Berlin, 26. Oktober. (Eigener Bericht.)

Im Auftrag der kommunistischen Reichstagsfraktion verlangte Genosse Torgler am Freitag vom Präsidenten Löbe die sofortige Einberufung des Reichstages. Genosse Torgler begründete diese Forderung mit der notwendigen Hilfsaktion für die Opfer der Wobdorfer Grubenkatastrophe und mit der Ergriffung von Maßnahmen, die dazu dienen, die Schuldigen an dieser entsetzlichen Katastrophe festzustellen und ihrer Bestrafung zuzuführen. Löbe antwortete, daß er der Forderung der kommunistischen Fraktion nicht stattgibt, da er sich an den Beschluß des Reichstages auf Vertagung bis zum 3. Dezember gebunden fühle. Genosse Torgler erwiderte Löbe, daß die Hilfsaktion sofort in Angriff genommen werden müsse, denn die vom Unglück Betroffenen können unmöglich noch sechs Wochen auf eine Hilfe warten. Löbe blieb auf seinem Standpunkt bestehen. Darauf schickte die kommunistische Reichstagsfraktion dem Präsidenten folgendes Schreiben:

„Wir verlangen auf Grund des Artikels 24 der Reichsverfassung, daß der Präsident des Reichstages den Reichstag für Dienstag, den 4. November 1930, nachmittags 3 Uhr, einberuft.“

Der Artikel 24 bestimmt, daß ein Drittel der Abgeordneten jederzeit die Einberufung des Reichstages fordern können. Zur Tagesordnung der 4. November-Sitzung (Schluß die kommunistische Fraktion folgende kommunistische Anträge vor:

1. Sofortige Hilfsmassnahmen für die Opfer der Wobdorfer Grubenkatastrophe.
2. Einführung des Siebenhunderttages bei vollem Lohnausgleich.
3. Sofortige Auszahlung einer Winterbeihilfe für alle Erwerbslosen, Sozial- und Kleinrentner, und alle Wohljahrsunterstützungsberechtigten.
4. Aufhebung des Schlichtungswesens.
5. Aufhebung des Republikfluchtgesetzes.
6. Einführung einer Millionärsteuer und Besteuerung der Aktionäre.
7. Sofortige Aufhebung der Lohnsteuer.

Wir fordern Aburteilung!

Die kommunistische Reichstagsfraktion stellt folgenden Antrag: Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ermahnen, in Anbetracht des furchtbaren Unglücks auf dem Wobdorfer Grubenkatastrophe der Grube Anna II des Schweizer Bergwerksvereins in Wobdorf, bei dem mehrere Hundert Bergarbeiter und Angehörige ihr Leben einbüßten bzw. aufs schmerzliche verletz und gewaltige Schäden an dem Eigentum der Werkstätten über Tage

angerichtet wurde, sofort folgende Maßnahmen durchzuführen:

1. Vorläufig den Betrag von 10 Millionen Reichsmark zur Vinderung der dringenden Notlage der von diesem Unglück betroffenen Arbeiter- und Angestelltenfamilien bereitzustellen.
2. Zu veranlassen, daß eine von der Belegschaft gewählte Untersuchungskommission eingesetzt und mit der Feststellung der Ursachen dieses Unglücks beauftragt wird. Der Kommission sind weitestgehende Befugnisse einzuräumen, die zur genauen Feststellung der Ursachen dieser ungeheuren Katastrophe notwendig sind.
3. Daraufhin zu wirken, daß die sofortige Verhaftung der verantwortlichen Betriebsleitung, um der Verdunkelungsgefahr entgegen zu wirken, erfolgt, und nach Feststellung der Schuldigen an der Grubenkatastrophe dieselben der Bestrafung zuzuführen.

Wobdorf, 25. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Im Laufe des gestrigen Tages wurden noch eine Anzahl Tote festgestellt. Die Totenliste von Wobdorf ist abermals gestiegen. Sie beträgt 202 und hat wahrscheinlich noch nicht ihre endgültige Höhe erreicht. Auf der 300-Meter-Ebene allein wurden 200 Bergleute gefunden, die lebend erstickt waren.

Essen, 25. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Beerdigung der Opfer der Grube Anna II findet heute Sonntagabend 10 Uhr statt. Selbst an den Gräbern herrscht „kapitalistische Ordnung“. Kranzdelegationen ist der Zutritt verweigert, wenn sie nicht bis zu einem bestimmten Termin auf dem Landesamt angemeldet sind. Das Ruhr-Echo verkündet, daß am Sonntagabend die Frühlichtung von 10 bis 10,30 Uhr und die Mittagslichtung von 18 bis 18,30 Uhr in den Streik treten. Eine Belegschaftsversammlung der Zeche Neumühl beschloß einen einständigen Proteststreik, auch andere Zechen folgten gleichen Beschlüssen.

Auch die bürgerliche Presse kann trotz aller Vertuschungsversuche die Schuldfrage nicht mehr verschweigen. Das verbrecherische Gedächtnis der Direktion und der Bergbaubehörden, der Zynismus, mit dem das Blatt der Grubenbarone, die Bergwerkszeitung, dem Schicksal Hundertler gemordeter Arbeiter die

gesicherten Dividenden der Aktionäre entgegenstellt, sind eine Herausforderung an das gesamte deutsche Proletariat. Die Forderung unserer Fraktion auf Einberufung des Reichstages, ihre entsprechenden Anträge, vollziehen nur den Willen aller Ausgebeuteten. Was macht in diesem Augenblick die SPD, was macht der „linke“ Löbe, der noch vorgestern in der Dresdener Kundgebung den sozialdemokratischen Wählern erklärte:

„Wir werden kämpfen... Sollen wir aber diese Demokratie, sollen wir diese Republik verteidigen, dann kann es bei der heutigen Klassenrichtung, die 96 Prozent Beschäftigte und 3 bis 4 Prozent Beschäftigte aufweist, nicht anders möglich sein, als daß die Machthaber des Staates ihre Politik nach den Interessen der 96 Prozent Beschäftigten einrichten, und nicht nach den Interessen der 3 bis 4 Prozent des Besitzes. Es wird alles darauf ankommen, ob es uns gelingt, die Berücksichtigung dieser Interessen durchzusetzen.“

Ja, kämpfen in der Phrase, aber in der Praxis Unterstützung des Brüning-Kurses, der Rationalisierungs- und Lohnabbauoffensive der Kapitalisten! Die Vertagung des Reichstages bis zum 3. Dezember ist eine der Bedingungen, zu der der Hungerkämpfer die SPD-Führer verpflichtet hat. Die SPD-Führer parieren und der Zynismus Löbes, sich an den Vertagungsbeschluß des Reichstages gebunden zu fühlen, ist angelehnt der Hetzreden gemordeter Bergarbeiter nicht weniger prävalenzend und massenfeindlich, wie der Zynismus der blödsinnig-gesicherten Kohlenbarone.

Beschlagnahme unseres Zentralorgans, Belagerungszustand im Ruhrgebiet, das ist die praktische Illustration zu den „linken“, „radikalen“ Worten eines Löbe im Zirkus zu Dresden: „Die Ernennung Severings zum preussischen Innenminister durch Braun war die klare Antwort, die Macht des Staates nicht den Diktatoren Eugen Brüning und Hitler auszuliefern.“

Severing führt sich ein

Beschlagnahme der „Roten Fahne“ — Belagerungszustand gegen Ruhrproletariat

Berlin, 25. Okt. (Eig. Drahtmeldung.)

Severings erste Tat bei seinem gestrigen Regierungsantritt entspricht durchaus unserer Voraussetzung. Er ließ die gestrige Ausgabe der „Roten Fahne“, die allerdings rechtlos verbreitet war, durch ein Staatsanwaltschaftsverfahren beschlagnehmen.

Die kommunistische Partei hat mit der Ernennung Severings zum preussischen Innenminister einen Mißtrauensantrag gegen den Verräter von Bielefeld und den Initiator des KPD-Verbot eingebracht. Das Dresdener SPD-Richtigen bemerkt diese Handlung mit der Ueberschrift: „Kommunistische Wahnsinnsaktion!“. Darauf, laudab, reden die Kommunisten von der falschlischen Gefahr. Wenn aber zur Bekämpfung dieser Gefahr ein Mann wie Severing berufen wird, dann heißen sich die revolutionären Kämpfer mit einem Mißtrauensvotum gegen ihn.

Der Mann, der für Brüning zum „Kampf gegen den Faschismus“ berufen wurde, Herr Severing, begehrt als erste Amtshandlung ein Attentat auf die kommunistische Partei, und seine Polizeipräsidenten im Ruhrgebiet verhängen den Belagerungszustand gegen den Hungermarsch der Erwerbslosen.

Aber noch eine andere überraschende Enthüllung bekräftigt den Mißtrauensantrag des preussischen Polizeiministers. Wie die Dresdener Nachrichten heute mitteilen, gelang es dem Zentrum durchzusetzen, daß auch eine katholische pädagogische Akademie in Spandau errichtet werden soll. Damit ist das langgehegte Ziel der preussischen Pfaffenherrschaft, in der katholischen Diaspora in Berlin eine katholische pädagogische Akademie errichten zu können, unter der Ministerpräsidentenschaft Brauns und seines Polizeiministers Severing erreicht.

Der „Vorwärts“, das Zentralorgan der SPD, behauptet geteilt, die Kommunisten beweisen mit ihrem Mißtrauensantrag doch ihnen „Friede lieber sei als Severing“. Weder Friede noch Severing, das ist unsere Antwort. Beide sind Agenten der Bourgeoisie, beide sind beauftragt, die Durchführung des Brüning-Kurses in den Ländern zu sichern.

Unseren Toten zum Gedächtnis!

Im Gedenken an den Einzug der weißen Soldateska in Sachsen im Jahre 1923, an die 36 Arbeiter, die allein in Freiberg hingerichtet wurden, hat der kommunistische Jugendverband für morgen zu einer Kundgebung in Freiberg an den Gräbern der Oktober-Gefallenen aufgerufen. Abfahrt von Dresden 7.30 Uhr Freiburger Platz, Hauptkündigung in Freiberg 13 Uhr auf dem Obermarkt. Rote Jugend! Morgen nach Freiberg!